

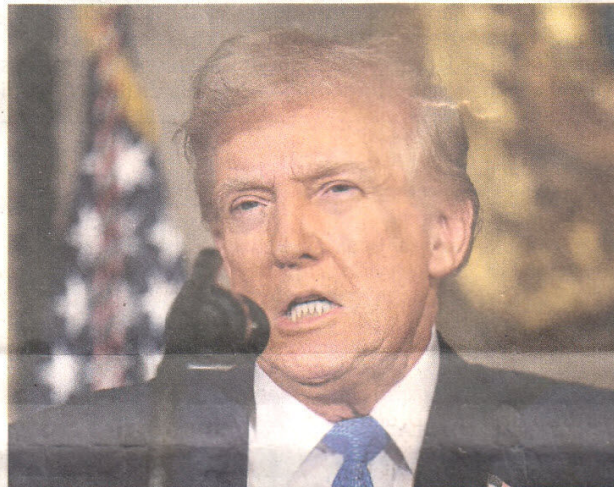


Angelbrüder

Druck auf die Ukraine steigt

Trump feuert gegen einstigen Schützling / Freude im Kreml

Kiew/Moskau – Es wirkt wie verkehrte Welt: Nach drei Jahren Ukraine-Krieg holt US-Präsident Donald Trump den Angreifer Russland aus der Isolation und setzt das angegriffene Land unter Druck. Nach einem Treffen der Außenminister in Saudi-Arabien feuerte Trump von seinem Wohnsitz in Florida eine Breitseite gegen den bisherigen US-Schützling Ukraine ab: Sie sei selbst schuld, den Krieg nicht gestoppt zu haben. Und wenn die Ukraine einen Sitz am Verhandlungstisch wolle, solle sie einen neuen Präsidenten wählen. Später schob er über seine Online-Plattform „Truth Social“ nach, dass Selenskyj ein „Diktator ohne Wahlen“ sei.



Bei einem Auftritt in seinem Wohnsitz in Florida beschuldigte US-Präsident Trump die Ukraine, schuld an dem nicht endenden Krieg zu sein.

JOE RAEDLE/AFP

Russische Offensive?

Kiew hat Angaben von Kreml-Chef Wladimir Putin über einen **Vorstoß russischer Bodentruppen** aus der **Grenzregion Kursk** auf ukrainisches Gebiet als „Lüge“ zurückgewiesen. „Putins Information über eine ausgedehnte russische Offensive ist eine Lüge“, so Andrij Kowalenko, Mitarbeiter zur Bekämpfung von Falschinformationen. Nach seinen Angaben hatte zwar eine **russische Aufklärungseinheit** versucht, von der Region Kursk aus in die Ukraine einzudringen. Diese sei **„vernichtet“** worden.

afp

Trumps Sondergesandter für die Ukraine, Keith Kellogg, begann in Kiew Gespräche über einen möglichen Friedensprozess. Er wolle zuhören, sagte er und bemühte sich, die barschen Worte seines Chefs abzufedern. Die EU in Brüssel beschloss zum dritten Jahrestag des Kriegsausbruchs am 24. Februar ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland. Nach einer Krisenrunde von EU-Staaten am Montag in Paris berief Präsident Emmanuel Macron für den Nachmittag eine zweite Online-Runde mit anderen Ländern ein.

Freude in Moskau

In der russischen Hauptstadt herrschte Genugtuung nach dem Treffen der Außenminister Marco Rubio und Sergej Lawrow in Riad vom Dienstag. „Der Kreml und das Weiße Haus haben eine gemeinsame Sprache gefunden“, schrieb die Zeitung „Nesawissimaja Gase-ta“. Der Außenpolitiker Leonid Sluzki sprach von einer „positiven Bewegung zu einer Wiederherstellung der russisch-amerikanischen Zusammenarbeit“. Ihn freue, dass Rubio von einer möglichen Aufhebung der Sanktionen gegen Russland nach einem Ende des Ukraine-Konflikts gesprochen habe.

Zwischen den Außenministern seien Wahlen in der Ukraine ein Thema gewesen, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow. Er fügte hinzu: „Eine Entscheidung darüber kann natürlich nicht in Moskau oder Washington getroffen werden.“

Dabei ist es Moskau, das seit vergangenem Jahr den ukraini-

schen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj als illegitim darstellt und Wahlen fordert. Für den Kreml wäre es vorteilhaft, den unbequemen Selenskyj aus Gesprächen über ein Ende des Krieges herauszuhalten.

Frust und Angst in Kiew

In der Ukraine setzt das geltende Kriegsrecht Wahlen während eines Krieges aus. Selenskyjs Befugnisse werden deshalb nicht angezweifelt. Es gibt auch eine breite Einigkeit im Land, nicht zu wählen, solange geschossen wird.

Deshalb ist der Frust über die jüngsten Entwicklungen in Kiew zu spüren. Selenskyj verschob einen Besuch in Saudi-Arabien mit der Begründung, er wolle dort keine Zufallsbegegnungen. Er warf Trump vor, Opfer russischer Desinformation zu sein. Dieser hatte unterstellt, der Ukrainer fürchte Wahlen, weil er nur auf vier Prozent Zustimmung komme.

Weil er mit seiner Forderung nach einer Nato-Mitgliedschaft als Garantie gegen zukünftige russische Angriffe aufgelaufen ist, konzentriert sich Selenskyj auf eine Stärkung seiner Armee. Die Verbündeten sollen eine Truppenstärke von einer Million Soldaten finanzieren und ausrüsten. Aber Selenskyj hofft auch auf mindestens 100 000 ausländische Soldaten im Land, die unter Umständen gegen Russland kämpfen sollen.

Kurswechsel in Washington

Trump reagierte bei seinem Auftritt in Mar-a-Lago auf Kritik

der Ukraine, dass sie nicht eingeladen war zu dem Außenministertreffen der USA und Russlands. „Ich habe heute gehört: Oh, wir waren nicht eingeladen“, spottete der Republikaner – und schob nach: „Nun, ihr seid seit drei Jahren dabei.“ Der Krieg hätte längst enden sollen, die Ukrainer seien quasi selbst schuld: „Ihr hättet es nie anfangen sollen. Ihr hättet einen Deal machen können.“

Mit seiner Rückkehr ins Weiße Haus hat sich die Ukraine-Politik der USA drastisch gewandelt. Der Präsident sprach vergangene Woche persönlich mit Putin. Dann kam das Treffen der Außenminister; ein Gipfel der Präsidenten könnte folgen. Zwar betont Washington, im Ukraine-Krieg gehe es um eine Lösung, die dauerhaft, stabil und für alle Seiten annehmbar sei. Die bisherigen Signale deuten aber darauf hin, dass der Druck vor allem auf Kiew lastet.

Unter Trumps Amtsvorgänger Joe Biden waren die USA der wichtigste Waffenlieferant des Landes. Nun beruht die US-Unterstützung für das angegriffene Land offenkundig nicht mehr allein auf westlicher Solidarität. Trump knüpft die Hilfe an den Zugang zu seltenen Erden aus der Ukraine.

Und auch die Rolle der Verbündeten Kiews dürfte sich verschieben: Trump nimmt die europäischen Partner stärker in die Pflicht, sowohl finanziell als auch militärisch. Zwar erklärte der US-Präsident, er plane keinen vollständigen Abzug amerikanischer Truppen aus Europa. Doch es gehen Befürchtungen um, dass die Trup-

penstärke verringert werden könnte.

Brüssel sucht nach seiner Position

Vertreter der 27 EU-Mitgliedsstaaten verständigten sich in Brüssel auf ein neues umfangreiches Sanktionspaket. Es wird neue Handelsbeschränkungen, Maßnahmen gegen russische Medien und die sogenannte russische Schattenflotte umfassen. Die EU will mit ihrem mittlerweile 16. Sanktionspaket für Russland den Preis für die Fortführung des Krieges noch einmal erhöhen.

In vielen anderen Punkten gibt es aber weiter keine gemeinsame Linie der EU-Staaten. Das gilt insbesondere für die Frage, wie sie auf den Kurswechsel in der US-Ukraine-Politik reagieren soll. Die Europäer müssen auch entscheiden, wie sie damit umgehen wollen, dass die Amerikaner für sie keine zentrale Rolle im Verhandlungsprozess sehen und von der Ukraine Zugeständnisse fordern. Derzeit erwägt laut Medienberichten der EU-Ratspräsident António Costa die Einberufung eines EU-Sondergipfels zu den Themen. Demnach hat er den Staats- und Regierungschef der 27 EU-Staaten deswegen jetzt auch konkrete Fragen zur weiteren Unterstützung der Ukraine und darüber hinaus zu möglichen Sicherheitsgarantien für das Land zukommen lassen. Die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas schlägt vor, ein sechs Milliarden Euro schweres Paket mit neuen Militärhilfen zu schnüren. dpa

» KOMMENTAR

Radikaler Bulldozer

USA Nach einem Monat Trump-Chaos ist das Land ein anderes

Washington – Donald Trump übertrifft alle Erwartungen. Die Welt hatte sich zwar auf Chaos unter dem neuen US-Präsidenten eingestellt, doch das schwindelerregende Tempo, mit dem der Republikaner Hand anlegt an die Demokratie und das Verfassungssystem in den USA, schockt viele. Trump ist erst etwa einen Monat im Amt und Demokraten warnen bereits, Amerika stehe vor dem „Tod der Demokratie“ und dem „Anfang einer Diktatur“. Der 78-Jährige handele wie ein „Despot“ und steuere das Land in eine Autokratie, mahnen sie. Rechtsexperten sehen das Land in einer Verfassungskrise.

Dass Trump den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj nun sogar als Diktator bezeichnet und sein Vize J.D. Vance Europa autokratische Tendenzen vorwirft, ist umso bemerkenswerter. Doch es gehört seit jeher zu Trumps Strategien, Vorwürfe an ihn einfach umzudrehen und zurückzuwerfen.

Ein Präsident über dem Gesetz?

Gerade erst sorgte der Präsident mit einer Ansage für Aufsehen, die verrät, was er von Demokratie und Rechtsstaat hält. Auf der Plattform X verbreitete Trump ein berühmtes Zitat, das dem selbst gekrönten französischen Kaiser Napoleon zugeschrieben wird:



Der Staat bin ich: Seit seinem Amtsantritt vor gut vier Wochen rüttelt Donald Trump an demokratischen Prinzipien.

nen politischen Weg gefunden, sich Trump entgegenzustellen. Widerstand gibt es bisher vor allem vor Gericht.

Es laufen etliche Klagen gegen Trumps bisherige Entscheidungen im Amt. Das Schicksal ereilt jeden Präsidenten. Was diesmal aber anders ist: Trump und seine Leute zweifeln die Rolle von Gerichten an – und stellen damit die Gewaltenteilung im Land offen infrage. Trumps Sprecherin, Karoline Leavitt, warf Richtern „Machtmissbrauch“ vor, wenn sie versuchten, die Politik des Präsidenten zu blockieren. Gepaart mit Trumps Ansage, dass jener, der die Rettung seines Landes im Sinne habe, über dem Gesetz stehe, sind viele alarmiert. Bereiten solche Aussagen den Boden für das Undenkbare: Dass Trumps Regierung eines Tages einer Gerichtsentscheidung nicht folgen könnte? „Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass wir gerade den Tod der Demokratie vor uns sehen“, mahnte der demokratische Senator Chris Murphy. „Das Herzstück unserer Demokratie ist, dass wir uns an Gerichtsentscheidungen halten.“

Kulturkampf unter Trump

Trump geht auch scharf gegen Medien vor. Er verwehrt etwa der großen amerikanischen Nachrichtenagentur AP den Zugang zu bestimmten Presse-

„Wer sein Land rettet, verletzt kein Gesetz.“ Auch der norwegische Rechtsterrorist und Massenmörder Anders Behring Breivik schrieb das Zitat in ein langes Manifest, bevor er 2011 bei zwei Attacken 77 Menschen tötete. Dass der US-Präsident zu dem Zitat greift, befeuert schlimmste Befürchtungen seiner Kritiker. Das gilt umso mehr, da Trump eine historische Entscheidung des Supreme Courts im Rücken hat. Der entschied mit seiner rechtskonservativen Mehrheit, dass der Präsident für gewisse Amtshandlungen Immunität genießt. Das gibt Trump zwar keinen Blankoscheck, aber doch gefährlichen Spielraum.

Im Wahlkampf hatte der Republikaner damit kokettiert, Diktator wolle er „nur am ersten Tag“ sein. Tatsächlich ließen seine ersten Stunden im Amt tiefblicken. Er begnadigte alle Straftäter der Kapitol-Attake vom 6. Januar 2021 – darunter Gewalttäter und prominente Rechtsradikale. Gleich am ersten Tag im Amt drohte er auch damit, dass sich die USA den Panamakanal „zurückholen“ werden, notfalls mit Mili-

tärgewalt. Seither erhob er auch Anspruch auf Grönland und den Gazastreifen und rief Kanada wiederholt dazu auf, Teil der USA zu werden. Bestrebungen, sich fremde Territorien einzuverleiben, sind sonst nur aus autokratischen Staaten bekannt.

Machtausbau im Staatsapparat

Trump versucht, seine Macht auszubauen und die Gewaltenteilung in den USA auszuhebeln. Er startete einen radikalen Umbau des Staatsapparates und ließ im großen Stil Mitarbeiter feuern, die nicht auf seiner Linie sind. Trumps Team drängte Zehntausende Bundesangestellte dazu, selbst zu kündigen. Das gab es noch nie. Die Entwicklungsbehörde USAID zerlegte Trumps Team fast komplett. Auch das Bildungsministerium will er abschaffen. Trump testet die Grenzen des Verfassungssystems einfach aus. Unter anderem ließ er Aufseher in Ministerien und Behörden schassen, ohne den Kongress einzubinden. Ebenfalls ohne Zustimmung des Par-

„ So sieht der Anfang einer Diktatur aus.

Ilhan Omar
US-Demokratin

laments stoppte die Regierung finanzielle Programme der USA im In- und Ausland. Die Demokratin Ilhan Omar mahnte: „So sieht der Anfang einer Diktatur aus.“ Auch Rechtsexperten äußern sich besorgt. „Wir befinden uns gerade mitten in einer Verfassungskrise“, sagte etwa der Rechtswissenschaftler Erwin Chemerinsky der „New York Times“. In den ersten Wochen von Trumps Amtszeit habe es schon „so viele verfassungswidrige und illegale Handlungen“ gegeben. „So etwas haben wir noch nie erlebt.“

Treibende Kraft bei diesen drastischen Kürzungen ist ein Mann, der kein politisches Mandat hat: Elon Musk. Trump hat den Tech-Milliardär und reichsten Mann der Welt an seine Seite geholt, damit dieser die Regierungsausgaben zu-

sammenstreicht. In welcher Rolle Musk dieser Aufgabe nachgeht, ist undurchsichtig. Ob er dabei irgendeiner Aufsicht untersteht, ist unklar. Musks Truppe hat erstaunliche Zugänge zu vertraulichen Regierungsdaten. Dass der schwerreiche Musk den Regierungsapparat aus dem Inneren umkrepelt, ist für viele Demokraten ein Tabubruch und ein Beleg für das Aufkommen einer Oligarchie.

Kein Gegengewicht im Parlament

Die Kontrolle der Republikaner über beide Kongresskammern verschafft Trump politisch viel Handlungsspielraum. Das an sich ist nicht ungewöhnlich. Doch Trump dominiert seine Partei wie nie zuvor. Er hat Widersacher im Parlament systematisch aus dem Weg geräumt. Nennenswerten Widerstand aus den eigenen Reihen hat er dort nicht zu befürchten. Der Protest der Demokraten im Kongress kommt bislang eher hilflos daher. Sie melden sich mit dramatischen Warnungen zu Wort, haben aber noch kei-

terminen. Der Grund: AP übernimmt nicht die von Trump verfügte Neubezeichnung für den Golf von Mexiko – „Golf von Amerika“. Auch die Kultur knöpft sich Trump vor. Der Präsident verkündete, dass er das renommierte Kennedy Center unter seine Kontrolle bringt und den Vorsitz selbst übernimmt. „Uns gefiel nicht, was dort gezeigt wurde“, sagte Trump zur Begründung.

Der Schritt ist Ausdruck eines größeren Kulturkampfes in den USA. Die Republikanische Partei vertritt ein altmodisches Familienbild. Die Trump-Regierung erkennt nur zwei Geschlechter an und schränkt die Rechte von Transgender-Menschen und anderen Minderheiten systematisch ein. Trump will auch bestimmte Lehrinhalte, etwa zu Rassismus und Geschlechtsidentität, aus dem öffentlichen Schulsystem verbannen. Die Republikanerin Olivia Troye sagt dazu, all das sei Teil eines größeren Versuches von Trump, „die amerikanische Kultur nach seinem Bild umzugestalten – so wie es Autokraten vor ihm getan haben“.